

■ Des Westens Machtkämpfe

Schwächen offenbart

Von Jörg Kronauer

Auch wenn das Treffen der Außenminister Sergej Lawrow und Antony Blinken in Genf keine konkreten Ergebnisse gebracht hat: Für Moskau laufen die Dinge zur Zeit nicht schlecht. Ein erster Erfolg war es schon, dass sich die Biden-Regierung nach der Forderung von Wladimir Putin, Russlands rote Linien nicht zu überschreiten, auf bilaterale Verhandlungen eingelassen hat. Am Freitag sagte Blinken dann zu, Washington werde dem russischen Drängen Folge leisten und in der nächsten Woche eine schriftliche Antwort auf Russlands Vertragsentwürfe zur Wahrung seiner Sicherheitsinteressen vorlegen. Es wird also ernsthaft verhandelt über russische Sorgen, die der Westen zuvor stets beharrlich ignoriert hatte.

Nicht wirklich glatt geht es hingegen bislang für den Westen. Zum einen hat Russland weiterhin die Initiative. Musste Washington schon mit der Zusage, eine schriftliche Antwort auf die russischen Vorschläge vorzulegen, einer Forderung seines Gegners nachkommen, so stellt Moskau nun mit neuen Manövern nicht nur in Belarus, sondern auch im Atlantik, in arktischen Gewässern und im Mittelmeer klar: Lassen sich die USA nicht auf Zugeständnisse ein, können sie kaum auf ein ruhiges Hinterland hoffen. Der Westen hat die Stimmung so stark aufgeheizt, dass zuletzt sogar die einfache Präsenz russischer Kriegsschiffe in der Ostsee für Schlagzeilen und für Unruhe sorgte. Unter diesen Umständen bindet die Spannung in Osteuropa Kräfte, die Washington für den Machtkampf gegen China

braucht. Selbiges gilt übrigens auch für den Iran, der in den Atomverhandlungen hoch pokert. Die Vereinigten Staaten – sind sie dabei, ihre Kräfte überzustrapazieren?

Hinzu kommt, dass die Positionen des Westens im Machtkampf gegen Russland Risse zeigen. Nicht nur, dass längst klar ist, dass die USA die Ukraine nicht militärisch verteidigen werden: Staaten, die sich als Rammbock für US-Aggressionen einspannen lassen, haben damit erneut eine Bestätigung erhalten, dass bei Gegenschlägen kein Verlass auf US-Schutz ist – ein wertvoller Hinweis auch für Länder, die meinen, sich als US-Rammbock gegen China betätigen zu sollen. Die verheerenden Sanktionen gegen Russland, die der Westen der Ukraine zum Ausgleich dafür verspricht, dass er sie nicht militärisch schützt – sie wiederum haben in der vergangenen Woche zu bröckeln begonnen. Ein Ausschluss vom globalen Zahlungssystem SWIFT? Er schade der eigenen Seite mehr als dem Gegner, war zu erfahren; er sei daher vom Tisch. Gibt es beinharte Sanktionen sofort, wenn der erste russische Soldat die Grenze zur Ukraine übertritt? Aber nein, man werde abgestuft reagieren, plauderte US-Präsident Joseph Biden aus.

Je schwächer die eigene Position, desto lauter das Geschrei: Dieses Phänomen kann man zur Zeit in der Berliner Politik wie auch in den außenpolitisch stets staatsloyalen deutschen Leitmedien beobachten. Allerdings gilt auch: Das nimmt dem erbitterten Machtkampf gegen Russland nicht seine Gefährlichkeit.

■ Höchstwert des Tages

»Freie Bündniswahl«



diejenigen, die die Legitimität der Abstimmung nicht anerkannten. Der Westen antwortete mit Sanktionen, schließlich hatten an der Spitze der Proteste seine eigenen »zivile Gesellschaftlichen« Kreaturen gestanden.

Gerettet hat Lukaschenko Herrschaft die Unterstützung aus Russland. Finanzielle, mediale und ganz handgreiflich polizeilich-militärische. Dass die einen Preis haben würde, war klar. Im August wurde der angedeutet, als der Präsident des belarussischen Verfassungsgerichts ankündigte, die Verfassungsbestimmung über die Neutralität des Landes solle geändert werden, schließlich gehöre Belarus einem Verteidigungsbündnis mit Russland an. Und was machen die USA: Sie hätten der belarussischen Seite »privat deutlich gemacht«, dass ein solches explizites Bündnis mit Russland das »Ende von Lukaschenkos Regime« bedeuten könne, berichtete jetzt der *Washington Examiner*. Denn, so zitierte das Portal am Mittwoch einen »höheren Beamten des State Department«: Eine solche Entwicklung würde »sicherlich vielen auch innerhalb der belarussischen Elite nicht gefallen«. Das Casting für den Brutus von Minsk läuft.

Reinhard Lauterbach

Zu den zentralen Elementen der europäischen Friedensordnung gehört das Prinzip der Freiheit jedes Staates, seine Bündnisse selbst zu wählen. «Klingt bekannt, oder? Gilt aber aus dem Munde derer, die dieses Prinzip deklamieren, nur in eine Richtung: für das Recht jedes Staats, sich dem westlichen Bündnisssystem anzuschließen. Wehe, wenn es mal andersherum zu laufen droht. Dann sind Putschdrohungen nicht weit.

Es geht um Belarus. Solange dessen Präsident Alexander Lukaschenko eine Schaukelepolitik zwischen Russland und dem Westen vollführte, war es dem Westen ganz recht so. Eine bunte Palette von sogenannten Bürgerinitiativen agitierte ungehindert für ein »europäisches Belarus«. Dann kamen die Wahl vom August 2020 und die Repressionen gegen all

»Mit dem Kosovo-Krieg wurden die Spielräume kleiner«

Angstmacherei statt Friedenslogik: An bundesdeutschen Schulen werden die Weichen falsch gestellt. Ein Gespräch mit Hagen Battran

Auf dem Abschlusspodium der XXVII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz zum Thema »Wie wir den nächsten großen Krieg verhindern« wurde die Hoffnung geäußert, über die Schulen den Friedensgedanken in den Köpfen und Herzen der Jugendlichen verankern zu können. Wie schätzen Sie als ehemaliger Gymnasiallehrer der 68er-Generation die Chancen dafür ein?

Für mich ist klar, dass die »Friedenslogik« im Schulunterricht verankert werden muss. Darunter verstehe ich nach der Friedensforscherin Hanne-Margret Birkenbach ein gewaltfreies Konfliktbearbeitungsmodell, in dem die prinzipiell gleichberechtigten Interessen der Konfliktparteien zu einem fairen, der Menschheit dienenden Ausgleich verhandelt werden. Ich bezweifle allerdings, dass dies heutzutage an den deutschen Schulen überhaupt erwünscht ist.

Wurde Ihrer Erfahrung nach Friedenspolitik im BRD-Schulbetrieb der vergangenen Jahrzehnte überhaupt maßgeblich vermittelt?

Meine Dienstzeit von 1974 bis 2009 an einem baden-württembergischen Gymnasium teilt sich diesbezüglich in zwei Abschnitte auf. Bis 1989 war den vielen politisch erwachten Lehrkräften meiner Generation, unterstützt von einer starken Friedensbewegung und einer wohlwollenden Öffentlichkeit, vieles möglich. Spätestens seit der 1999 im Kosovo-Krieg manifestierten militarisierten Außenpolitik wurden die Spielräume kleiner. Heute sind viele der wenigen sich links verortenden Lehrkräfte weniger systemkritisch als



Hagen Battran ist ehemaliger Gymnasiallehrer für Geschichte und Deutsch, langjähriger GEW-Aktiver und engagiert sich in der Friedensbewegung

menschenrechtsorientiert. Das spielt dem herrschenden außenpolitischen Narrativ in die Hände und lässt die Parole »Nie wieder Krieg!« als weltfremd erscheinen.

Welche Rolle spielen Lehr- und Bildungspläne der Schulen dabei?

Ich fürchte, eine genauere Untersuchung der gültigen Lehrpläne in den 16 Bundesländern ergäbe, dass überall »Sicherheitslogik« mit ihrer Angstmacherei vor dämonisierten Feinden dominiert. Das hilft, die Friedensgefährdenden geopolitischen Interessen zu verschleiern, die auch die neue, transatlantisch ausgerichtete Regierung von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP vertritt. Mit den Prüfungsordnungen sind die Lehrpläne die wichtigsten Planungsinstrumente der Politik für die erwünschte Sozialisation der jungen Generation. Sie werden als verbindliche Vorgabe für Lehrende und Lernende von den Kultusministerien ohne vorhergehende öffentliche Diskussion erlassen. Sie setzen die Inhalte und Wertmaßstäbe,

die das Denken, Fühlen und Handeln aus Regierungssicht künftig bestimmen sollen. Über die Prüfungsordnungen und die Funktion der Schule bei der Zuweisung von sozialen Funktionen werden die Lernenden auf die erwünschte Weltsicht ausgerichtet.

Der Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945, den Nazismus mit seinen Wurzeln zu vernichten und eine neue Welt des Friedens und der Freiheit aufzubauen, war lange Zeit für nachfolgende Generationen ein prägender Maßstab für ihre Geschichtsrezeption. Hat sich das geändert?

Die Losung »Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!« wurde von den Eliten der Bundesrepublik, die ja nach Kriegsende im wesentlichen die gleichen blieben wie vor 1945, von Anfang an mit allen Mitteln bekämpft. Ein beispielloses militärischer Antikommunismus nach außen und innen als Staatsdoktrin führt bis heute zu Verbotsorgien und juristischer Verfolgung von allem, was links ist. Der Leitbegriff »Freiheit«, verbunden mit Wettbewerb, Kampf und Krieg, soll den Gedanken der Gleichheit, basierend auf Interessenausgleich und Frieden, eliminieren.

Wie sind diese gefährlichen Zustände in Gesellschaft und Schule zu verändern?

Das kann nur klappen, wenn die Friedensbewegung es schafft, erfolgreich in die Bevölkerung hineinzuwirken. Nur wenn wie in den 80er Jahren maximaler Druck auf die Eliten aufgebaut werden kann, ist die Hoffnung berechtigt, dass unter den Augen einer aufgewachten Zivilgesellschaft Lehrkräfteausbildung und Lehrpläne auf die Friedenslogik ausgerichtet werden.

Interview: Gitta Düperthal

■ Abgeschrieben

■ Saadet Sönmez, migrations- und integrationspolitische Sprecherin der Fraktion der Partei Die Linke im Hessischen Landtag, erklärte am Freitag zu Abschiebungen während der Pandemie:

Während das Sozialministerium im gestrigen Sozialausschuss mitteilte, dass flächendeckende PCR-Lolli-Test-Angebote in KITAS auch an fehlenden Testkapazitäten scheitern würden, scheint deren Ausbau möglich zu sein, wenn es darum geht, mehr Abschiebungen zu ermöglichen. Das enttarnt mal wieder die zweifelhaften Prioritäten der Landesregierung und zeugt von einer verfehlten Migrations- und Gesundheitspolitik. (...) Grundsätzlich muss noch einmal darauf hingewiesen werden: Nicht alle Inhaftierungen im Abschiebeknast sind rechtmäßig. Aus einer großen Anfrage der Partei Die Linke zum Abschiebeknast wissen wir: Jede 13. Person war dort zu Unrecht inhaftiert. Die Dunkelziffer ist mit Sicherheit höher. Auch aus diesem Grund lehnt Die Linke das System Abschiebehaft prinzipiell ab.

■ Am Freitag endete die Frist, bis zu der EU-Staaten die Taxonomiepläne der EU-Kommission, Atom und Gas als nachhaltig einzustufen, hätten

kommentieren können. Ein Bündnis von Organisationen, unter anderem IPPNW, BUND und Greenpeace, mahnte die Offenlegung der deutschen Stellungnahme an:

Wir fordern die Ampelregierung auf, ihre Stellungnahme zu den Taxonomieplänen der EU-Kommission offenzulegen. Es geht hier um Transparenz bei wichtigen Entscheidungen über den Klima- und Umweltschutz. Andernfalls verspielt die amtierende Bundesregierung ihre Glaubwürdigkeit. Zudem dürfen Olaf Scholz und seine Regierungspartner das starke Signal aus der Zivilgesellschaft nicht länger wegschweigen. Über 330.000 Menschen fordern mit Hilfe unseres Appells die klare Ablehnung einer EU-Taxonomie, die Atom und Gas als nachhaltig einstuft. Olaf Scholz muss Farbe bekennen, wie ernst es ihm mit echtem Klima- und Umweltschutz ist.

■ Anlässlich des CDU-Parteitag hat Lobbycontrol ein Rechtsgutachten vorgelegt, demzufolge der Dauergaststatus des Lobbyverbands Wirtschaftsrat im Vorstand der CDU rechtskräftig ist. Christina Deckwirth, Sprecherin von Lobbycontrol, kommentierte am Freitag:

Die Vorwürfe gegen die CDU wiegen schwer. Ein Lobbyverband mit Dauer-sitz im Parteivorstand steht für problematische Verflechtungen zwischen Politik und Lobbyinteressen. Das ist politisch fragwürdig, aber – wie das Rechtsgutachten zeigt – auch juristisch. Ein rechtswidrig zusammengesetzter Parteivorstand ist keine Lappalie, die sich einfach aussitzen lässt. (...)

Die Lobbykandale rund um die Maskenkandale im letzten Frühjahr haben der CDU schweren Schaden zugefügt und das Vertrauen in ihr Führungspersonal nachhaltig geschwächt. Auch die engen Verbindungen zwischen dem Wirtschaftsrat und der Partei stehen für mangelnde Distanz zwischen Parteieliten und Lobbyinteressen. Gerade Friedrich Merz gilt als früherer Blackrock-Lobbyist als Mann des großen Geldes und war bis vor kurzem selbst Spitzenfunktionär im Lobbyverband Wirtschaftsrat. Damit die angekündigte Erneuerung der Partei glaubwürdig ist, muss Merz jetzt handeln und eine klare Trennlinie zwischen Lobbyinteressen und Parteieliten ziehen. Wir fordern Friedrich Merz auf: Stellen Sie die innerparteiliche demokratische Ordnung der Partei wieder her und entziehen Sie dem Wirtschaftsrat seine Sonderrechte im Parteivorstand!